

# Berlin plant Migrantenquote im öffentlichen Dienst



Von MANFRED ROUHS | Für Behördengänge in Berlin werden künftig türkische und arabische Sprachkenntnisse von Vorteil sein. Denn wer mag schon mit seinem Sachbearbeiter in einer Fremdsprache wie Deutsch kommunizieren, die er notgedrungen erlernt hat, um den deutschen Pass zu erwerben? Bisher sind „nur“ 12 Prozent der Berliner Verwaltungsmitarbeiter in der vorteilhaften Situation, sich einen Zuwanderungshintergrund zuschreiben zu dürfen. Künftig sollen es stattdessen so viele sein, wie ihr Anteil in der Bevölkerung ausmacht. Das sind aktuell 35 Prozent. So berichtet es der „Tagesspiegel“.

In der Berliner Polizei ist diese Quote bereits übererfüllt. Hier liegt der Migrantenanteil bei 38 Prozent. Das erscheint auch durchaus schlüssig: Was tut man sinnvollerweise mit einer Institution, mit der man ständig Ärger hat? – Richtig: Reingehen und sie kapern.

Katarina Niewiedzial, Integrationsbeauftragte des Landes Berlin, wertet die Quote als äußeres Zeichen eines Paradigmenwechsels, der sich jetzt auch sprachlich vollziehen soll: Weg von der Idee einer oft kulturell und sprachlich überfordernden „Integration“, hin zu einer „Migrationsgesellschaft“. Dieser Logik folgend, könnte der übernächste Schritt die Infragestellung von Deutsch als Amtssprache sein. Denn falls um uns herum alles so schön bunt wird, warum sollten wir dann noch offiziell ausschließlich in Deutsch eine Verständigung suchen?

Das Gesetz für die Quote ist bereits auf dem Weg. Im September wird es von der rot-rot-grünen Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet. Und ab dem Herbst 2021 werden dann nicht nur bei der Berliner Verwaltung, sondern ganz offiziell auch bei den Verkehrsbetrieben, der Müllabfuhr und allen anderen öffentlichen Unternehmen so lange bei gleicher Qualifikation Bewerber fremder Herkunft bevorzugt eingestellt, bis das Soll erfüllt sein wird. Nur bei der Polizei ist das nicht nötig, denn die hat ja auch ohne Gesetz den Plan um drei Prozent übererfüllt.

---



*PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.*